An Tag zwei des Mentoringtreffens geht es um betriebswirtschaftliche Kalkulation – der Erfahrungsaustausch steht im Mittelpunkt.

Verbündete suchen: Die stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Gudrun Kaps-Richter wirbt für die Freiberuflichkeit in Europa.

„Europa hat nicht mitgenommen“, lautet die Kritik an der EU-Politik – Referentin Ulla Kalbfleisch-Kottsieper (3. v. l.) dagegen schon.

abgeschlossen sein. Doch bei der Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes hakt es weiterhin. „Auch wenn man es sich aus nationaler Sicht manchmal nicht vorstellen kann, es gibt nichts, was Ewigkeitswert hat“, erläuterte die Referentin an Beispielen aus anderen Sektoren.

Was den Bereich Gesundheit angeht, gehe es darum, die Vorteile des deutschen Systems weiterzutragen und sich Bündnispartner auf europäischer Ebene für die Freiberuflichkeit zu suchen. „Es wird festzustellen sein, ob die Freiberuflichkeit in anderen Ländern etwas gilt. Und letztlich geht es darum, Mehrheiten herzustellen“, betonte Kalbfleisch-Kottsieper.

Verbündete in Europa finden

Die stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende Dr. Gudrun Kaps-Richter bekräftigte, dass der Freie Verband in dieser Hinsicht gut aufgestellt sei und flexibel auf die neuen Herausforderungen reagieren könne. „Wir suchen auch auf dieser Ebene nach neuen Ansätzen“, sagte Kaps-Richter und verwies auf die bereits bestehenden Partnerschaften mit anderen europäischen zahnärztlichen Verbänden. Die freien Berufe seien stark in die rechtlichen Rahmenbedingungen eingebunden – und die könnten in den einzelnen Nationalstaaten stark voneinander abweichen. „Deshalb ist es sinnvoll, erst einmal die Rahmenbedingungen schrittweise zusammenzuführen – und zu europäisieren“, sagte Kaps-Richter.

Ein großes Problem des zunehmenden Hineinwirkens Brüssels in die nationalen Gesundheitsbereiche sei, dass gesundheitspolitische Entscheidungen, die für andere Bereiche der Medizin getroffen würden, immer auch Auswirkungen auf die Zahnmedizin hätten. Kaps-Richter räumte ein, dass die europäische Dynamik sicherlich eine Zeitlang unterschätzt worden sei. Umso wichtiger sei es jetzt, zunächst auch national nach einem Weg für die Zahnärzte zu suchen, sich aus dem langen Schatten der

Ärzteschaft in eine neue Form der Freiberuflichkeit freizuschwimmen, wie es der Freie Verband angekündigt hat. „Dafür werden wir uns in Europa Mitstreiter suchen“, sagte die stellvertretende FVDZ-Bundesvorsitzende.

Sabine Schmitt

Öffentliche Konsultationen zu regulierten Berufen

Die Europäische Kommission hält bis zum 19. August 2016 eine öffentliche Konsultation zu Regulierungen von Berufen ab. Fast 6.000 Berufe in der Europäischen Union (EU) sind verschiedenen nationalen Regulierungen unterworfen. Reglementierte Berufe sind an bestimmte Ausbildungen geknüpft oder deren Berufsbezeichnung ist geschützt. Die Konsultation der EU-Kommission ist Teil der im Dezember 2013 begonnenen Überprüfung der reglementierten Berufe. Im Laufe der vergangenen zwei Jahre haben die EU-Mitgliedstaaten nun eine „gegenseitige Bewertung“ vollzogen, um ihre rechtlichen Vorgaben für reglementierte Berufe zu prüfen und sicherzustellen, dass sie den Zielen des öffentlichen Interesses entsprechen und keine zusätzlichen „unnötigen Hindernisse“ darstellen. Anschließend hatten die Mitgliedstaaten Nationale Aktionspläne zu erstellen. Diese sollen einen Überblick der vorgeschlagenen Veränderungen geben. Mit der Konsultation bereitet die EU-Kommission nun einen weiteren Schritt in ihrem Fahrplan vor und sammelt Ansichten zu den Nationalen Handlungsplänen. Die Absicht der EU-Kommission ist es, langfristig über eine Bestandsaufnahme der reglementierten Berufe und eine Übersicht der nationalen Kriterien hin zu einer Verringerung der Anzahl der betroffenen Professionen zu gelangen und europäische Kriterien für eine Reglementierung zu erarbeiten. Die EU-Kommission stützt sich bei Ihrem Vorgehen auf ihren in den EU-Verträgen verankerten Auftrag, einen einheitlichen Binnenmarkt zu schaffen. Das in der Binnenmarktstrategie skizzierte Vorgehen nimmt diese Initiative zu reglementierten Berufen auf und zielt darauf ab, von den Mitgliedstaaten zukünftig eine Rechtfertigung für die Reglementierung von Berufen zu erhalten.

red/brx